



AMT DER VORARLBERGER LANDESREGIERUNG

Zahl: PrsG-202.05

(Bei Antwortschreiben bitte anführen)

Bregenz, am 14.11.1997

An das
Bundesministerium für
Wissenschaft und Verkehr
Minoritenplatz 5
A-1014 Wien

| | |
|-------------------------------|------------|
| Betrifft GESETZENTWURF | |
| Zi. | 45-GE/1997 |
| Datum: 2 1. NOV. 1997 | |
| Verteilt | 24.11.97 |

Auskunft:

Dr. Wolfgang Herzog

Tel.: 05574/511-2082

Dr. Scheffler

Betrifft: Bundesgesetz über eine Änderung des Universitäts-Studiengesetzes;
Entwurf, Stellungnahme

Bezug: Schreiben vom 25. Juni 1997, GZ. 62.070/48-I/D/18/97

Zum übermittelten Entwurf einer Universitäts-Studiengesetz-Novelle wird Stellung genommen wie folgt:

Die Vorarlberger Landesregierung verweist auf den Beschluß der Landeskulturreferentenkonferenz vom 26.09.1997 zum gegenständlichen Gesetzentwurf, der dem Herrn Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr mit Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 01.10.1997, VST-624/195, zur Kenntnis gebracht wurde.

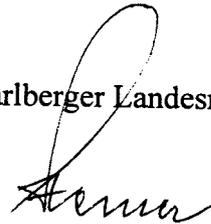
Bisher ist aufgrund des KHStG eine Kompatibilität der Instrumental(Gesangs)pädagogik-Ausbildung an den Konservatorien und der weiterführenden Studien an den Hochschulen gewährleistet. Nach der vorgeschlagenen Neuregelung wäre dies nicht mehr der Fall, die gegenwärtige Abstimmung zwischen den verschiedenen Ausbildungen würde zerstört. Ein schwerwiegender Mangel des Entwurfes liegt im Entfall der für die Musikschulwerke der Länder und die Landeskonservatorien wesentlichen Studienrichtung Instrumental- und Gesangspädagogik. Weitere erhebliche Unzulänglichkeiten des Entwurfes bestehen darin, daß

- 2 -

die bekannten Problemfelder der musikalisch-pädagogischen Ausbildung nicht behandelt werden und der Stellenwert der Pädagogik im Gesamtstudium zu wenig zum Ausdruck kommt. Anerkennungsfragen zwischen den Konservatorien und den Hochschulen, aber auch innerhalb der Hochschulen sind nicht gelöst.

Die Vorarlberger Landesregierung schließt sich daher der Forderung der Landeskulturreferenten an, daß aus dem vorgelegten Entwurf der gesamte die Musik betreffende Bereich zurückzustellen ist und in einem ersten Schritt Verhandlungen über eine grundsätzliche Neuordnung der Musikausbildung, mit der die Berufschancen junger Menschen auch innerhalb der EU gesichert werden können, aufzunehmen sind.

Für die Vorarlberger Landesregierung



Mag. Siegi Stemer, Landesrat

- a) Allen
Vorarlberger National- und Bundesräten

- b) An das
Präsidium des Nationalrates
1017 Wien
(22-fach)

- c) An das
Präsidium des Bundesrates
Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 Wien

- d) An das
Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst
1010 Wien

- e) An alle
Ämter der Landesregierungen
z.H. Herrn Landesamtsdirektor

- f) An die
Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der NÖ Landesregierung
1014 Wien

- g) An das
Institut für Föderalismusforschung
6020 Innsbruck

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Vorarlberger Landesregierung
Der Landesamtsdirektor
Dr. Brandtner

F.d.R.d.A.
